

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Überarbeitung des „Oö. Handlungskonzepts gegen Extremismus“ zumindest folgende Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Oberösterreich enthält:

- Einrichten eines Steuerungs- & Koordinierungsgremiums zur Rechtsextremismusprävention in Oberösterreich,
- einen detaillierten jährlichen Rechtsextremismusbericht für das Land Oberösterreich, der dem Oö. Landtag zur Kenntnisnahme vorzulegen ist,
- eine Service- und Beratungsstelle für Aussteiger:innen aus der rechtsextremen Szene und deren Angehörige,
- Ausbau und Ausfinanzierung von Resozialisierungseinrichtungen für rechtsextreme Straftäter:innen,
- ein breites Maßnahmenpaket zur umfassenden Bewusstseinsbildung hinsichtlich Rechtsextremismus mit einem besonderen Fokus auf junge Menschen,
- gezielte Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus,
- strenge Prüfung von Personen, Organisationen und Unternehmen bei der Vergabe von Medien- und sonstigen Förderungen, Inseraten- bzw. Auftragsvergaben, Kooperationen sowie bei der Vermietung von Räumlichkeiten des Landes Oberösterreich in Hinblick auf rechtsextreme Inhalte, um Geldflüsse oder sonstige Unterstützungen auszuschließen.

Begründung

Medienberichten zufolge wird Landeshauptmann Stelzer am kommenden Montag der Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Waffenfunde in der rechtsextremen Szene in Oberösterreich eine Überarbeitung des „Oö. Handlungskonzepts gegen Extremismus“ vorlegen.

Nicht erst seit den aktuellen und mehr als schockierenden Waffenfunden in der rechtsextremen Szene in Oberösterreich ist bekannt, dass Oberösterreich eine ganz besondere Anziehung für rechtsextreme Gruppierungen aufweist und ein sich immer mehr verschärfendes Rechtsextremismusproblem hat. Diese neuesten Waffenfunde gliedern sich ein in eine Reihe von rechtsextremen Umtrieben, wie beispielsweise „Objekt 21“, verschiedener Hauptquartiere der rechtsextremen Identitären, dem Kongress der „Verteidiger Europas“ in den Redoutensälen, rechtsextreme Medien-Cluster, Corona-Maßnahmen-Demos mit Beteiligung amtsbekannter Rechtsextremer, Brandstiftungen bei Asylquartieren und geschändete KZ-Gedenkstätten. Klar ist: Die rechtsextreme Szene in Oberösterreich ist seit Jahren auf dem Vormarsch, das zeigen auch die Analysedaten. Oberösterreich ist seit 2015 praktisch durchgängig Spitzenreiter bei rechtsextremen Straftaten.

Nach dem jüngsten erfolgreichen Ausheben der schwerstbewaffneten rechtsextremen Zelle durch die Sicherheitsbehörden ist jetzt die Politik gefragt, das oberösterreichische Rechtsextremismusproblem klar zu benennen und Maßnahmen zu setzen. Dazu zählen die jedenfalls die im Antrag explizit genannten Punkte. Im Sinne einer wirksamen Prävention gegen Rechtsextremismus muss die Auseinandersetzung mit der Geschichte etwa durch flächendeckende Schulexkursionen zu Gedenkorten wie dem Konzentrationslager Mauthausen oder der Euthanasieanstalt Schloss Hartheim aktiv betrieben werden. Rechtsextreme Gruppierungen müssen entschieden zurückgedrängt und dem Rechtsextremismus und seinen Galionsfiguren der Nährboden entzogen werden.

Linz, am 4. Juli 2023

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Bauer, Mayr, Hemetsberger, Schwarz, Ammer, Vukajlović, Engl

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Engleitner-Neu, P. Binder